

## Weibel bekommt neuen Job

Bern. – Der scheidende SBB-Chef Benedikt Weibel wird per Anfang nächsten Jahres Delegierter Projektorganisation öffentliche Hand für die Fussball-Europameisterschaft Euro 08. Dies bestätigte ein Sprecher des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) gestern zu einem vorab veröffentlichten Bericht des «SonntagsBlicks». Weibel werde im 50-Prozent-Pensum die Oberverantwortung für die Finanzen, die Sicherheit und das Standortmarketing übernehmen. Das Mandat laufe bis Ende 2008. (ap)

## Alpen-Initiative will Kontrollzentrum

Biasca. – Die Schwerverkehrskontrollen in Chiasso sollen zur besseren Umsetzung der Verlagerungspolitik intensiviert werden, fordert die Alpen-Initiative. Durch den Verstoß Nichteinhaltung gegen Verkehrsregeln, arbeitsrechtliche Bestimmungen und Gefahrgutvorschriften verschaffe sich das Strassentransportgewerbe illegale Konkurrenzvorteile, schreibt die Alpen-Initiative in einer Medienmitteilung von gestern. Die Alpen-Initiative fordert vom Bund ein schnell realisierbares Kontrollzentrum zu errichten. (sda)

## Keine Kandidatur der Zürcher EVP

Zürich. – Die EVP schiebt keinen Kandidaten ins Rennen um den frei gewordenen Sitz im Zürcher Regierungsrat. Die Partei will ihre Kräfte auf die Gesamterneuerungswahlen von 2007 konzentrieren, wie der Vorstand gestern beschloss. Damit bleibt es bei zwei Kandidatinnen. Die Grünen gaben letzte Woche bekannt, mit Nationalrätin Ruth Genner anzutreten. Am Freitag präsentierte die FDP ihre Kandidatin: Sie schiebt Ursula Gut ins Rennen um die Nachfolge von Dorothee Fierz. (sda)

# «Hoch auf dem gelben Wagen»

Die Post hat gestern in Aarberg das 100-jährige Bestehen des Postautos gefeiert. Bundespräsident Moritz Leuenberger liess die Geschichte des Postautos noch einmal Revue passieren.

Aarberg. – Eingeleitet wurde die Jubiläumsfeier des Postautos gestern mit einem Corso von Postauto-Oldtimern, die von Detligen herkommend Aarberg erreichten. Die erste Postauto-Strecke führte ab dem 1. Juni 1906 von Bern nach Detligen. Ab 1919 folgten die legendären Fahrten über die Alpenpässe, und 1923 ertönte erstmals das berühmte Dreiklanghorn.

100 Jahre nach dem Auftakt gehören die gelben Busse von PostAuto zum öffentlichen Verkehrssystem der Schweiz wie die Bahn. Rund 2000 Fahrzeuge bedienen täglich ein Liniennetz von mehr als 10 300 Kilometern und befördern jährlich über 100 Millionen Fahrgäste in der ganzen Schweiz.

### Fahrendes Stück Heimat

«Das gelbe Postauto, es ist für uns alle ein fahrendes Stück Heimat geworden. Es ist vollgepackt mit Erinnerungen», sagte Bundespräsident Leuenberger gestern am Jubiläumsfest. Es habe eine Zeit gegeben, da seien in der Schweiz Postkutschen über Berg



Erste Strecke gefeiert: Oldtimer-Postautos fahren während des Jubiläumscorsos von Detligen nach Aarberg. Bilder Keystone

und Tal gefahren. Vom Kutschbock herunter habe das Lied «Hoch auf dem gelben Wagen» durchs Land geschallt, sagte Leuenberger. Das Postauto habe aber einen harten Stand gehabt. Benzin sei viel teurer gewesen als Hafer,

und so seien die Pferde noch für viele Jahre die Beherrscher der Landstrasse gewesen. Doch das Postauto sei seinen Weg gegangen, langsam, aber stetig. Mit dem Befahren der Pässe und dem Dreiklanghorn sei das Postauto zum

«König der Berge» geworden, berühmt wie Adler und Steinbock. Das Postauto habe in all den Jahren vor allem auch Köpfe gezeitigt. Es erfinde sich immer wieder neu und habe den Wettbewerb nicht gescheut. (ap)



Ehrung: Post-Chef Ulrich Gygi, Bundespräsident Moritz Leuenberger und SBB-Chef Benedikt Weibel (von links) posieren vor einer SBB-Lock im PostAuto-Look.



Der Fahrplan stimmt immer noch: Ein Oldtimer-Postauto mit geladenen Gästen kehrt zur Jubiläumsfeier in seine Ursprungsregion in Detligen zurück.

## Gravierende Mängel in Swissair-Anklage

Die Anklageschrift gegen 19 Personen im Fall SAirGroup weist grobe Mängel auf. Die Schrift sei teilweise «lebensfremd» und «nicht nachvollziehbar».

Zürich. – Die Anklage im Zusammenhang mit der Swissair-Pleite vom Oktober 2001 ist letzten Mittwoch vom Bezirksgericht Bülach (Zürich) zurückgewiesen worden. Auszüge aus der Rückweisungs begründung machte gestern der «Tages-Anzeiger» publik. Rechtsanwalt Dieter Gessler, der einen der Ex-Swissair-Verantwortlichen in dem Strafverfahren vertritt, bestätigte den Zeitungsbericht.

Gemäss dem «Tages-Anzeiger» heisst es nun in der Rückweisungs begründung, dass beim Vorgehen zur Bilanzsanierung der SAirLines nur das Verschulden von Verwaltungsratspräsident Mario Corti genügend klar beschrieben sei, nicht aber der Tatbeitrag der übrigen Beteiligten. Einige ihrer Argumentationen seien «offensichtlich lebensfremd». Schliesslich fragt sich das Bülacher Bezirksgericht, ob der Staatsanwaltschaft der Unterschied zwischen dem Begriffen Holding und Konzern bewusst gewesen sei. Die Verwirrung rühre vielleicht daher, dass der Name SAirGroup auch als Konzernbezeichnung verstanden werden könnte, obwohl es sich um die Holding handle. (sda)

## SONNTAGSKOLUMNE

# Die Schweiz verpasst einmal mehr eine Chance



Von Filippo Leutenegger

Der Nationalrat hat zur Privatisierung der Swisscom Nein gesagt. Zünglein an der Waage hat die CVP gespielt, welche zwar in ihrem Parteiprogramm Wirtschaftswachstum predigt, dieses in ihren alltagspolitischen Entscheidungen aber immer wieder blockiert – zusammen mit der SP und den Grünen.

Dieser Entscheid ist ein weiteres Beispiel dafür, wie konservativ derzeit in der Schweiz politisiert wird. Regelmässig kippen innovative Reformprojekte im parlamentarischen Prozess wegen wahlaktiver Überlegungen auf die vermeintlich sichere, besitzstandwahrende, dem Staat vertrauende

Seite. Dabei ist es so sicher wie das Amen in der Kirche, dass die Swisscom langfristig an einer Privatisierung nicht vorbeikommt.

Erstens entwickelt sich der Telekom-Markt dynamisch – eine wirtschaftlich erfolgreiche Telekom-Gesellschaft muss über unternehmerische Freiheit verfügen. Dies vor allem wegen der rasanten technologischen Entwicklung – zum Beispiel bei der Internet-Telefonie. Die Bundesbeteiligung schränkt die Swisscom ein und bedeutet ein politisches Klumpenrisiko für das Unternehmen.

Zweitens ist die Swisscom dem harten internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Die Schweiz mit ihren zahlungsfähigen Kunden stellt für Telekommunikations-Unternehmen einen attraktiven Markt dar: Dank Wettbewerb steigen Qualität und Leistungen, die Preise sinken. Aber um weiterhin bestehen zu können, muss die Swisscom ins Ausland expandieren können. Eine privatisierte Swisscom könnte dank erhöhter Attraktivität und Flexibilität strategische Allianzen

eingehen, damit ihre Wachstumschancen wahrnehmen und neue Arbeitsplätze schaffen.

Drittens haben andere Länder ihre Telekom-Firmen längst privatisiert. Die Schweiz hinkt hinterher. Frankreich, Deutschland und Österreich beispielsweise brachten ihre Telekom-Gesellschaften zwischen 1990 und 2000 an die Börse, wobei die öffentliche Hand jeweils rund 30 Prozent der Aktien behielt. Alle drei Unternehmen haben mittlerweile expandiert und sind auf dem Weltmarkt gut positioniert.

Die Privatisierung eines Telekom-Unternehmens hat im europäischen Raum nicht zu einem Abbau der Grundversorgung geführt. In einer Kommunikationsindustrie, welche fixe und mobile Telefonie, Internet und Fernsehen immer mehr vernetzt und in diesen Bereichen Milliarden investiert, bleibt es interessant, viele Hausanschlüsse direkt bedienen zu können. Zudem ist die Grundversorgung in der Schweiz dank der Fernmeldegesetzgebung breit

abgesichert. Zu diesem Schluss kommt übrigens auch die eidgenössische Kommunikationskommission Comcom in ihrem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2005.

Die Swisscom bleibt dem internationalen Wettbewerb auch nach dem falschen Nationalratsentscheid weiterhin ausgesetzt, kann aber wegen der politischen Kontrolle nur schwer neue Geschäftsfelder erschliessen. Die Beteiligung des Bundes an der Swisscom in Höhe von 16 Milliarden Franken wird wegen veränderter Marktbedingungen und mangelnder Handlungsspielräume für die Swisscom wohl in wenigen Jahren nur noch halb so viel wert sein.

Der Nationalrat hat einmal mehr mit diesem strukturkonservativen Entscheid eine Chance verpasst und einen dringenden Liberalisierungsschritt verhindert, der neue wirtschaftliche Chancen für unsere Wirtschaft und unser Land eröffnet hätte.

Filippo Leutenegger ist Zürcher FDP-Nationalrat und Konzernchef der Jean-Frey AG.